

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grauburger Str. 4/4, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungskarte Nr. 817a.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Moritz Meyer. Druck: Dr. Moritz Meyer. Preis: 10 Pfennige. Subskribenten für die nächste Nummer: 10 Pfennige. Subskribenten für den Rest des Jahres: 10 Pfennige.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 158.

Freitag, den 8. Juli 1904.

15. Jahrgang.

Die neue Organisation.

Ein Vorschlag.

Die Größe der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird von Freund und Feind am häufigsten nach der Zahl der abgegebenen Wählerstimmen gemessen, da jeder andere Maßstab bisher fehlte. Zum ersten Male hat der Parteivorstand auf dem Parteitag in Dresden genauere Mitteilungen über die Zahl der Abonnenten sozialdemokratischer Zeitungen gemacht. Sie betrug annähernd 600,000. Eine Statistik über die Zahl der organisierten Parteigenossen im ganzen Reich existiert noch nicht, aber wenn sie auf Grund der alljährlichen Umfrage existieren sollte, ist sie doch bisher nicht bekannt gegeben worden. Wir können uns hier nur auf Schätzungen verlassen. Wenn wir die Zahl der in sozialdemokratischen Vereinen mit politischen Zwecken organisierten auf 200,000 annehmen, dürften wir weder nach oben noch nach unten um allzuweit von der Wirklichkeit entfernen. Das ist allerdings keine übermäßige Masse und vielleicht hat der Umstand, daß unsere Organisationen so weit zurück sind hinter bündlerischen, konfessionellen und kriegerischen Gegenverbänden dazu beigetragen, die Zahl nicht so sehr laut in die Welt zu schreien. Wir können uns auf die Dauer aber nicht verheißeln, daß wir für alle politischen Aktionen von größerer Tragweite nur mit dem Heere derjenigen rechnen dürfen, die sich dauernd und fest politisch organisieren, die fortlaufend zu Opfern für ihre Sache bereit sind, die sich mit dem sozialistischen Gedankengange vertraut machen und eine gewisse Festigkeit in ihren Ansichten durch diese politische Schulung erreichen. Was uns darüber hinaus bei wichtigen Aktionen zu Hilfe kommt, soll uns sehr willkommen sein, sicher rechnen wollen wir aber nur mit denjenigen, die fest zu uns halten in der Organisation. Sie bilden die solide Grundlage der Partei.

Ihre Zahl kann durch eine einheitliche, kräftige Agitation ohne große Schwierigkeiten auf das Drei- und Vierfache der bisherigen Höhe gebracht werden. Wenn es möglich war, eine Million gewerkschaftlicher Streiter in feste Kolonnen zu formieren, ist es auch nicht ausgeschlossen, annähernd so viel Sozialdemokraten für politische Vereine zu gewinnen. Wenn diese Agitation bisher selbst an größeren Orten nicht energisch genug in Angriff genommen wurde, so lag es einmal daran, daß die lose Organisation des Vertrauensmännerstoffs noch nicht ganz überwunden werden konnte. Erst seit Aufhebung dieses Systems ist z. B. bei uns in Breslau ein stärkeres Wachstum des sozialdemokratischen Vereins zu verzeichnen, und ähnliche Erfahrungen berichtet man aus anderen Orten. Aber auch für die Schulung und Organisierung in den ungünstigeren Landstrichen kann mehr getan werden, wenn diese Arbeit systematisch von berufsmäßig dazu verpflichteten Genossen geleitet würde. Aus diesen Gesichtspunkten heraus schlagen wir vor:

Alle politischen sozialdemokratischen Vereine Deutschlands schließen sich am 1. Januar 1906 zu einem Zentralverbande der sozialdemokratischen Partei zusammen.

Jedes Mitglied zahlt pro Monat 10 Pf. an die Kasse des Hauptverbandes.

Für die einzelnen Landesteile werden auf Vorschlag des Parteivorstandes durch Beschluß des Parteitages besoldete Bezirksleiter angestellt, deren Aufgabe die Agitation in dem ihnen unterstellten Landesteil, die Heranziehung der Genossen und die Unterstützung der Organisation ist.

Die Vertretung auf den Parteitagen richtet sich nach der Zahl der organisierten Genossen.

Der Zusammenschluß in einen Zentralverband ist unseres Erachtens nötig, um der Agitation für die politische Organisation einen kräftigeren Schwung zu geben und die feste Vereinsform in allen den Orten einzuführen, die bisher noch an unvollkommenen Organisationsgestaltungen franken und hin und her tappen ohne eine bestimmte Richtschnur. Ein einheitliches Mitgliedsbuch über ganz Deutschland, durch dessen Vorweisung sich jeder Sozialdemokrat legitimiert, bildet einen wichtigen Hebel zur Organisierung. Heute gibt es an vielen Orten kein anderes Kennzeichen der Zugehörigkeit zu unserer Partei, als das einfache an keine Bedingungen geknüpfte Selbstbestimmungsblatt, in Zukunft soll auf jedem Bau, in jeder Werkstatt der Gleichgesinnte seine Zugehörigkeit mit dem allerseits bekannten Mitgliedsbuch ausweisen, wie es heute durch das Verbandsbuch der Maurer, Metallarbeiter etc. geschieht. Wir haben mit einem Schlage eine genaue Uebersicht über die Zahl der wirklichen Sozialdemokraten und ihre politische Arbeit an den einzelnen Orten. Ueber den Zeitpunkt der Einführung muß natürlich nach eingehender Beratung Beschluß gefaßt werden, obiges Datum ist rein willkürlich gewählt, es läßt sich vielleicht ein längerer Zeitraum festlegen, innerhalb dessen die Vereine ihren Anschluß zu vollziehen haben. Auch die Rücksicht auf die wirtschaftlich Abhängigen, also Organisationsunfähigen, sollte die Mehrheit nicht von der Bildung eines festen Verbandes abhalten. Es ist nicht nötig, den Kreis der Abhängigen, oft auch allzu Anzahllichen, weiter zu ziehen, als er heute wirklich noch ist. Je nachdrücklicher unsere Arbeit, je größer unser Kreis, um so mehr Personen legen ihre Selbständigkeit durch. Für die übrigen,

wirklich Abhängigen, läßt sich schon ein Ausweis schaffen, wenn sie die politische Partei dauernd unterstützen, ohne als Mitglied eintreten zu können.

Die straffe Zentralfaktion ermöglicht aber auch erst die Durchführung unserer zweiten Forderung, nämlich die Beitragspflicht jedes einzelnen deutschen Sozialdemokraten. Diese Beitragspflicht ist nötig — wie wir in früheren Artikeln nachgewiesen haben — um die Parteilasse dauernd in die Lage zu versetzen, ihren bisherigen Verpflichtungen nachzukommen, darüber hinaus aber, um sie zur Durchführung der im dritten Absatz aufgestellten Forderung zu befähigen. Ein Monatsbeitrag von 10 Pf. für die Zentrale ist gewiß nicht zu hoch, wir klammern uns aber auch nicht an diese Ziffer, auch hier haben die Erfahrungen vieler mehr Gewicht als die von einzelnen. Nehmen wir aber 10 Pf. einmal als Norm an, dann würden die politisch organisierten Deutschlands der Hauptmasse schon im ersten Jahre 200,000 bis 240,000 M. zuführen, das sind 60,000 bis 100,000 M. Einnahme mehr als die Hauptmasse bisher von freiwilligen Spenden erhielt. Dabei sind die opferwilligen Berliner und Hamburger Genossen, die bisher zwei Drittel der Beiträge aufbrachten, auch nur mit ihrem Zehnpennig angerechnet, behalten sie ihre alte Opferfreudigkeit bei, dann kann der Parteivorstand mit weiteren 50,000 bis 60,000 Mark rechnen. Jedenfalls würden schon die Summen der ersten Jahre genügen, um dem Parteivorstand größere Bewegungsfreiheit zu geben, ihm die längst notwendige Erweiterung zu gestatten und einigen besonders hilfsbedürftigen Landesteilen eine wesentliche Unterstützung zu bieten. Die Massenverwaltung brauchte sich nicht viel komplizierter zu gestalten als heute. Der Parteivorstand läßt Beitragsmarken in der Höhe von 10, 15, 20, 25 und 30 Pf. anfertigen und liefert sie zum Preise von 10 Pf. an die Parteivereine an den einzelnen Orten. Zehnpennigmarken werden die Einzelmitglieder vom Bezirksleiter oder Parteivorstand beziehen, die an Orten ohne Organisation wohnen. Wo bisher 10 Pf. Monatsbeitrag üblich waren, kauft man 20 Pfennig-Marken, 10 Pf. davon zieht der Ortsverein, die andere Hälfte wandert nach Berlin. Breslau würde 20 Pfennig-Marken beziehen und 20 Pf. davon bilden den örtlichen Beitrag. Jedenfalls sind die Schwierigkeiten der Massenverwaltung kein Hindernis der festen Organisation.

Zur Begründung unserer dritten Forderung, die Anstellung berufsmäßiger Agitatoren, brauchen wir nur noch wenig zu sagen. Die guten Wählerfolge, die unter der bisherigen unvollkommenen Organisation erreicht sind, dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Durchdringung der Massen mit sozialistischem Geiste nicht mit ihnen Schritt gehalten hat und daß auch die Fortschritte der Organisationen nicht genügen. Die letzten Reichstagswahlen haben uns gezeigt, wie das Bürgerturn neue Kräfte sammelt und schlummernde Energie aufrüttelt. Unsere Agitation hat sie gelehrt, auch ihrerseits alle Kräfte anzuspannen. Demgegenüber genügt es nicht mehr, wenn bei uns alle wichtigen politischen Arbeiten oft noch „nach Feierabend“ gemacht werden müssen. Die Ausführung bleibt mangelhaft, die Agitation geschieht unregelmäßig und vielfach systemlos. Bildet sie den Beruf eines Mannes, dann ist das anders, wie die Erfahrungen der Gewerkschaften beweisen. Einzelne Städte und Provinzen haben sich ja bereits aus eigenen Mitteln besoldete Parteisekretäre angestellt, für die weniger gut fundierten Gebiete muß das von der Zentrale aus geschehen. Diese Forderung ist nicht zum wenigsten darin begründet, daß uns die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, die Versicherungsgesetzgebung und Arbeiterschutzesetze immer mehr Kräfte entziehen. Die politische Bewegung wird heute oft genug schon hinten an gesetzt. Manchmal dachten wir einen neuen fleißigen Arbeiter für politische Propaganda gefunden zu haben, wenn eine Gewerkschaft einen Genossen durch Anstellung unabhängig machte. Das Gegenteil trat ein, die Beteiligung der Betreffenden am politischen Leben war geringer als vor der Anstellung und manchen Gewerkschaftssekretäre sehen wir ein halbes oder gar ein ganzes Jahr nicht im sozialdemokratischen Verein. Wenn uns so die Gewerkschaftsbewegung nach und nach die besten Männer wegholt, wird es für die politische Partei die höchste Zeit, zu lernen und sich einen Teil der Kräfte zu sichern. Deshalb unsere Forderung: Anstellung besoldeter Parteisekretäre!

Unsere Vorschläge sollen kein Allheilmittel sein und beanspruchen nicht, als unsehbar angesehen zu werden, sie sollen nur eine Anregung bilden und zur Diskussion herausfordern. Die Tendenz der Entwicklung geht zu festeren Organisationen, das erfährt uns unzweifelhaft. Einzelne Provinzen und Bundesstaaten sind dabei, ihre Organisation in dieser Weise auszubauen. Es fragt sich, ob wir in den Fehler der gegenwärtigen staatlichen Gesetzgebung verfallen wollen, einen Zustand erst dann gesetzlich zu sanktionieren, wenn er sich bereits durch die Entwicklung realisiert hat. Oder ob es nicht vorteilhafter ist, diese Entwicklung zu fördern und zu unterstützen, damit der vollkommene Zustand früher erreicht wird. Zu gemüthlichem Abwarten haben wir keinen Grund.

In einem Schlußartikel gedenken wir die am häufigsten wiederkehrenden Einwände gegen unseren Vorschlag zu be-

sprechen, unter ihnen die vereinsgesetzliche Seite der Frage. Inzwischen dürfte die Diskussion über diese Reform lebhafter eingeleitet haben, die dann auch zur Aufklärung vorhandener Irrtümer und Besorgnisse dienen kann. In derselben bitten wir die Begründungen nicht zu übersehen, die wir unserem Vorschlag in dem Artikel „Auf 1 Million zu“ und in den Betrachtungen über die Finanzgebarung der Partei im voraus gegeben haben.

„Japan und Rußland“ siehe Beilage.

Politische Uebersicht.

Ein Sittenbild aus Berlin W. Herr Professor Dr. Moritz Meyer und seine Frau — vordem sagte man seine Frau Gemahlin — standen wegen eines Hausens kleiner Hochstapeleien und Zechprellereien unter der Anklage des Betrugs vor Gericht. Schneider und Schuhmacher, Putzmacherinnen und Schneiderinnen, Weinlieferanten und Restaurateure, Maler und Journalisten ireten an den Zeugenstisch, und immer ist es dieselbe Geschichte. „Ich habe mein Portemonnaie vergessen, lieber Freund, können Sie mir geschwind 20 M. leihen?“ Oder zum Lieferanten, der zum buchstäblichen Male mit der Rechnung kommt: „Bedauer sehr, die Herrschaften sind verreist.“ Oder ganz einfach mit eleganter Handbewegung: „Schicken Sie uns doch 10 Flaschen Pommern! Sie wissen, Professor Meyer, Ranfstraße Nummer soundsoviel.“

Jetzt ist die Mase geplagt, und die Leute, die in dem frommen Wahn leben, sie bezahlen den Champagner, den sie trinken, von ihrem eigenen Gelde, reiben sich schadenfroh die Hände, da ihnen das doch nicht passieren kann. Vordem aber strahlten Meyers als Sonne in der Gesellschaft des Tiergartenviertels. Obwohl man wußte, daß Herr Professor Dr. Meyer ein wegen Bestechung entlassener Handelskassabekleidungsbeamter war, daß Herr Meyer fortan Geschäfte der dunkelsten Art betrieb, selbst die Liebeshwürdigkeit seiner jungen Frau kaufmännisch exploitierte, im übrigen aber von seiner Professoren-Vergesslichkeit lebte, die ihn immer im richtigen Augenblick die Geldbörse vergessen ließ, nahm die vornehme Gesellschaft am Verteilung mit Meyers durchaus keinen Anstand.

Und die Lieferanten, lauter gewiegte Geschäftsleute, lieferten und kreditierten. In den Vernehmungen der Zeugen feiert immer die Frage des Vorstehenden wieder: „War bei der Lieferung von Bezahlung die Rede?“, worauf allemal ein „Nein“ antwortet, durch das die Verwunderung über die weisfremde Frage klingt. Der Mann mit weichem Gemüth fragen, der beim Krämer Brot auf Kredit haben will, mag suchen, wo er so vertrauensvolle Gläubiger findet. Er schafft sich einen tabellösen Gesellschaftsanzug an, miete sich eine Equipage, er heiße — Professor, Graf oder Baron —, und wenn er im feinsten Geschäft von Berlin die teuersten Sachen ohne Geld gekauft hat — wird man ihn mit tiefen Bücklingen zur Türe begleiten. Alle diese Lieferanten der vornehmen Gesellschaft — und Meyers fand man nur, wo es vornehm war, sind an die längste Kreditgewährung gewöhnt, und dürfte man ihre Geschäftsbücher aufschlagen, so würde man bald dessen gewahr werden, daß Kunden à la Meyer durchaus keine Seltenheit sind. Selbst auf die „Not der Landwirtschaft“ fiel in diesen Verhandlungen ein Licht, als ein Weinhandler erklärte, er kreditiere seiner Stadtkundschaft regelmäßig drei Monate, den Rittergutsbesitzern aber ein Jahr!

Professor Meyer wurde zu zwei Jahren, Frau Meyer zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden wurden je drei Monate als durch die Unternehmungshaft verbüßt, in Anrechnung gebracht.

Es liegt kein großer Zug in Herrn Meyers Verbrechertum. Eine endlose Kette kleiner Schabigleiten und Schwindelcien rollt sich ab. Es ist die klassische Hochstaplerkomödie, aus dem Französischen ins richtige Berlinische überfetzt — ohne Geist, ohne Grazie, ohne Phantasie. Ein richtiges Stück aus Berlin W. mit seinen falschen Marmorwänden und seinem unechten Stuck, seinem aufgedonnerten Progentum, seinem hohlen Luxus, der aller wahren vergessenen Lebensfreude völlig bar ist. Hätte Herr Meyer mit Erfolg bankgeschwindelt, oder Arbeiter ausgebeutet, oder in Terrains spekuliert, dann hätten Frau Meyers Noben auch richtig bezahlt werden können! So aber läßt sie die Gesellschaft in den Ortus hinab. Die zahlungsfähige Moral feiert Artumphe!

Der aufgelöste Schulvorstand. Zu der bereits gemeldeten Auflösung des Schulvorstandes der evangelischen Volksschule in Bramsche wird dem „Dsn. Tagebl.“ u. a. noch geschrieben:

Schon seit längerer Zeit stand die Stadvertretung dem Schulvorstande feindlich gegenüber, weil der nur aus Vertretern des Arbeiterstandes bestehende Vorstand den Forderungen der Schulleitung gegenüber zu entgegenkommend sei. Man fürchtete, daß infolge des Neubaus einer Turnhalle und der Erhöhung des Wohnungsgeldes für die unverheirateten Lehrer die Schulsteuer sich empfindlich erhöhen würde. Man war auch in anderen Kreisen der Ansicht, daß z. B. eine Turnhalle für unseren Ort ein sehr dringendes Bedürfnis sei. Es sei dahingestellt, ob einzelne Mitglieder des Schul-

1. Ziehung der 1. Klasse 211. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 7. Juli 1904, vormittags.
Aus der Gewinnliste über 50 Kl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 1st class, including various prize amounts and winning numbers.

Table of lottery numbers for the 2nd class, including various prize amounts and winning numbers.

Chalia-Theater. Arbeiter-Kantinen-Verein Breslau.
Freitag: 'Der Fein Genant.'
Sonntag: 'Familie Schirke.'

Breslauer Sommer-Theater.
Freitag: 'Gastspiel Lettinger-Wendt.'
Sonntag: 'Gastspiel Lettinger-Wendt.'

Dominikaner. Kluge-Zimmermann's Leipzig-Sänger.
Freitag: 'Gastspiel Lettinger-Wendt.'

Proletarier vereinigt sich zum Einkauf beim Schwarzen Dreier, nur Wallstraße 21.

Möbel auf Abzahlung mit staunend geringster Anzahlung, ebenso Anzüge, Ueberzieher, Kinderwagen, Gardinen, Teppiche.

Feuerversicherung. Fritz Joachim, Buch- u. Papierhandlung.

Kinderwagen Kindersportwagen in einfachster u. elegantester Ausführung.

Warenhaus Auguste Schulz Friedrich-Wilhelmstrasse 76. Beginn des Saison-Räumungs-Ausverkaufs.

1. Ziehung der 1. Klasse 211. Königl. Preuss. Lotterie.

Table of lottery numbers for the 1st class, including various prize amounts and winning numbers.

Table of lottery numbers for the 2nd class, including various prize amounts and winning numbers.

Bertha Brendel geb. Hoffmann im Alter von 44 Jahren. Dies zeigten tiefbetäubt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Bertha Brendel geb. Hoffmann im Alter von 44 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Ein Mitglied der Deutschen Arbeiter-Vereine.

